

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

15. Mai 2009 • Nr. 1

Gastkommentar zur europäischen Wirtschaftspolitik
Engelbert Stockhammer



EU-Wahl-Auftakt:

**SPÖ fordert
Sozialvertrag**

Auf Hochtouren läuft der Intensivwahlkampf der SPÖ für die Wahl zum Europäischen Parlament. Nach dem EU-Wahl-Auftakt in Wien hat eine Großveranstaltung in Leoben stattgefunden und eine in Linz. Allen gemeinsam war, dass viele begeisterte Menschen gekommen waren, um „Das A-Team für Europa“ zu sehen und die KandidatInnen für das Europäische Parlament zu unterstützen. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass für mitreißende Musik-Programme gesorgt wurde. Aber letztlich hat der Großteil der vielen hundert WählerInnen an den SPÖ-Veranstaltungen teilgenommen, weil sie Sympathie und Zustimmung mit den Hauptzielen des A-Teams bekunden wollen: Für ein sozialeres Europa, für ein Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht – und nicht der Markt!

Neben dem Fokus auf Europa – wir berichten unter anderem über die Forderungen des A-Teams für mehr Demokratie in der EU und die mangelnde soziale Glaubwürdigkeit der ÖVP und ihres Kandidaten Ernst Strasser – ist auch die Wahl zur Österreichischen Hochschülerschaft Thema. Wir bringen ein Interview mit Sophie Wollner, die für den VSSStÖ kandidiert.

Eure Redaktion

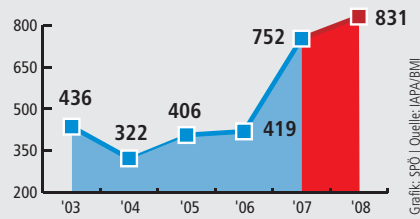
Highlights der Woche

Auftaktveranstaltung zur EU-Wahl	4
Mehr Demokratie für Europa	6
Schmäh und Wahrheit – das soziale Mäntelchen der ÖVP	7
Interview mit VSSStÖ-Spitzenkandidatin Sophie Wollner	10
Gastkommentar von Wirtschaftswissenschaftler Engelbert Stockhammer	14

THEMEN DER WOCHE

Rechtsextremismus in Österreich

Anzahl der Anzeigen rechtsextremer Straftaten



Deutlich mehr rechtsextreme Aktivitäten

Die Zahl der Anzeigen wegen rechtsextremer Umtriebe ist zuletzt österreichweit stark gestiegen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) nennt mehrere Ursachen: So gebe es ein „Dauerthema“ Ausländer. Auch die Wirtschaftskrise könnte eine Rolle spielen. Ein weiterer Hintergrund könnten auch gewisse Rückkoppelungseffekte aus Deutschland sein, wo es etwa zum 1. Mai massive Probleme mit Aktionen von Rechtsextremen und Neonazis gab. ♦

Meinungsforum:
Sind 8 Stunden Chrasch-Kurs für geförderte Kinderbetreuung genug?

Die Regierung will die Kosten für die Kinderbetreuung steuerlich absetzbar machen. Allerdings ist von der ÖVP eine dafür geforderte Ausbildung der BetreuerInnen von lediglich acht Stunden geplant. Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist das eindeutig zu wenig. Jugendliche könnten aufgrund ihrer mangelnden Lebenserfahrung in Situationen kommen, die sowohl sie selbst als auch die zu betreuenden Kinder überfordern oder in Gefahr bringen.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at.



Spöla

SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher

Mehr Wohnbauförderung

Eine Aufstockung der Wohnbauförderung und endlich Rechtssicherheit bezüglich der Erhaltungs- und Wartungspflichten (Stichwort Thermen) bei Mietwohnungen – das sind wesentliche Forderungen von SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher. Die Wohnbausprecherin bekräftigte, dass Länder mit einem starken sozialen Mietwohnungsbau deutlich krisensicherer seien und die Wohnungsgemeinnützigkeit auch leistbare Mieten sichert. Und in der Thermen-Frage sei klar, dass die SPÖ eindeutig auf der Seite der Bevölkerung steht, so Becher. Schließlich sei es „für fast alle Menschen einsichtig, dass für die Thermen-Erhaltung der Vermieter zuständig ist und für die laufende Wartung der Mieterinnen und Mieter“, so Becher. ♦

Zitat der Woche

„Es ist das beste Team, das wir jemals aufgestellt haben, ‚Das A-Team für Europa‘. Aber alles hängt davon ab, was wir in den nächsten Tagen und Wochen tun. Von uns hängt's ab, ob das Team siegt oder nicht!“

PVÖ-Präsident Karl Blecha

Gaßner: Gemeinden sind gefragt

Letzte Woche übermittelten Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner tausenden BürgermeisterInnen in Österreich einen Brief, der die zentrale Rolle der Kommunen im Kampf gegen die Krise unterstreicht. Schließlich sind die BürgermeisterInnen wichtige PartnerInnen, um jüngst beschlossene Erleichterungen für öffentliche Auftragsvergaben zu realisieren. Auch die Unterstützung von thermischen Sanierungsmaßnahmen im Ausmaß von 100 Millionen Euro kommt den Gemeinden direkt zugute. ♦



Zinner

SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner

Regierung sichert Beschäftigung



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Die SPÖ-geführte Regierung greift heimischen Unternehmen finanziell unter die Arme. Mit Garantien von insgesamt bis zu zehn Mrd. Euro wird die Vergabe von Krediten an mittelgroße und große österreichische Unternehmen unterstützt. Von dieser Maßnahme profitieren 500 Unternehmen, in denen 250.000 Menschen beschäftigt sind. „Damit sichern wir Beschäftigung und kurbeln die Wirtschaft an“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Für die Übernahme der Haftung zu Gunsten von Unternehmen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. So ist etwa seitens des Unternehmens darauf Bedacht zu nehmen, die Arbeitsplätze zu erhalten. ♦



Die Schande von Ebensee

Der Vorfall ist unerträglich: Italienische und französische Überlebende werden bei den Feierlichkeiten zur Befreiung des KZ-Ebensee von Vermummten mit Gewehrattrappen beschossen und mit ‚Heil Hitler‘ und ‚Sieg Heil‘-Rufen verhöhnt.



EPA/Hinkel

Sager', ‚Unsere Ehre heißt Treue‘-Rülpser und andere Widerwärtigkeiten von Politikern, die teils bis heute noch Funktionen in den Rechtsparteien wahrnehmen. Die Vertreter der Rechtsparteien sind stetig bemüht, die Grenzen des Tolerierbaren weiter nach rechts zu verschieben. Die ständigen Provokationen und Grenzüber-

„Die Ebenseer Jugendlichen haben erlebt, dass es scheinbar ganz normal ist, wenn eine rechtsextreme Gesinnung öffentlich ausgelebt wird.“

Die Rechten sind bemüht, die Grenzen des Tolerierbaren weiter nach rechts zu verschieben.

Überlebende des Naziterrors auf diese Art zu attackieren und sie so heute noch einmal mit der widerwärtigen Gesinnung ihrer damaligen Peiniger zu konfrontieren, ist ein alarmierendes Zeichen für eine Verrohung und Radikalisierung der rechten Szene. Was ist falsch gelaufen und was läuft falsch, wenn verhetzte Jugendliche zu so einer Tat fähig sind?

Reden wir Klartext. Es ist die jahrzehntelange Propaganda der Rechtsparteien, die nun erneut auf fruchtbaren Boden fällt und dazu geführt hat, dass bei

Manchen offenbar jegliche Schamgrenze gefallen ist.

Zur Erinnerung: Es war im Jahr 1991 – also bereits vor der Geburt der mutmaßlichen 14- bis 17-jährigen Täter von Ebensee – als der damalige FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider die Beschäftigungspolitik der Nazis lobte. Eine Beschäftigungspolitik, die grundlegend auf dem KZ-System und dem Prinzip „Tod durch Arbeit“ basierte. Es war im Jahr 1995 – dem Geburtsjahr zweier dieser mutmaßlichen Täter – als Haider Konzentrationslager als ‚Straflager‘ verharmloste. Es folgten ‚NAZI-

schreitungen sind Teil ihrer Strategie, rechtsextreme Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Die Ebenseer Jugendlichen sind fraglos schuldig. Sie sind allerdings teilweise auch Opfer. Seit ihrer Geburt haben sie erlebt, dass es scheinbar ganz normal ist bzw. „zur Demokratie“ gehört, wenn eine rechtsextreme Gesinnung öffentlich ausgelebt wird. Sie sind in einer Zeit aufgewachsen, in der es praktisch der Normalität entsprach, dass man beinahe wöchentlich mit verbalem braunen Sondermüll der Rechten konfrontiert wurde.

Die Mehrheit der österreichischen Jugendlichen denkt und fühlt anders. Aber Ebensee ist ein Weckruf. Es liegt an uns, der Zivilgesellschaft, den Medien, den LehrerInnen, den PolitikerInnen, nun endgültig klar zu machen, dass wir den rechten Dreck nicht mehr hinnehmen. Das muss gesellschaftlicher Grundkonsens sein. Dass wir dafür die soziale Sicherheit und die soziale Gerechtigkeit sicherstellen, muss unser aller Ziel sein. ♦

WAHLKAMPFAUFTAKT

Für eine EU der

Am 7. Juni trifft Österreich eine richtungsweisende Entscheidung für unser Land und die EU. Mit Elan und Engagement geht die SPÖ in die Wahlauseinandersetzung.

Gerade in Zeiten, in denen wieder eine soziale Schieflage droht, braucht es eine starke Sozialdemokratie. Und es braucht Menschen in der Politik, die ein soziales Gewissen haben. Deswegen braucht es Hannes Swoboda und sein Team in Europa“, stimmte Infrastrukturministerin Doris Bures über 1.000 FreundInnen und SympathisantInnen der SPÖ im Rahmen des EU-Wahlkampfauftaktes auf eine intensive Wahlauseinandersetzung ein. Unter den zahlreich erschienenen Gästen fanden sich auch hochrangige PolitikerInnen der Bundes- und Landesregierungen ein. Denn allen ist bewusst: Österreich und die EU stehen vor wichtigen und richtungsweisenden Wahlen. Mit einem Wahlerfolg für die SPÖ kann das erfolgreichste Friedensprojekt der Geschichte, die Europäische Union, in eine sozialere Richtung gelenkt werden, damit endlich der Mensch anstatt des Marktes im Mittelpunkt steht. Doris Bures stellte weiters klar, dass es gerade

„Ein soziales Europa ist das bessere Europa.“

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda

heute, „nach der Zeit von Neoliberalismus und ungezügelterm Finanzkapitalismus“ wichtiger denn je sei, dass die Sozialdemokratie ihre Werte „Fairness, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit in Europa durchsetzt. Dafür wünschte Bures dem A-Team mit Hannes Swoboda an der Spitze alles Gute.

Grundrechte der Menschen stärken

Das Ziel der Sozialdemokratie auf europäischer Ebene ist klar: Die sozialen Grundrechte der Menschen müssen massiv gestärkt werden. Im Rahmen eines Europa-talks auf der Bühne machten Spitzenkandidat Hannes Swoboda und Listen-Zwei-



te Evelyn Regner ihre Positionen deutlich. Swoboda fordert einen Sozialvertrag, der die Länder zur Schaffung von Arbeitsplätzen und auch zur Sicherung der Pensionen verpflichtet. Regner stellte sich hinter die ArbeitnehmerInnen und forderte eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. „Die EU kann uns sehr viel bringen, nur müssen wir darum kämpfen“, so Regner, die als Leiterin

des ÖGB-Büros in Brüssel schon seit Jahren, wie sie sagt, „Lobbying für ArbeitnehmerInnen“ betreibt. Dem Konzernlobbyismus kann die Gewerkschafterin nichts abgewinnen.

Absage an Türkei-Beitritt

Swoboda erteilte einem Beitritt der Türkei in den nächsten zehn Jahren eine klare



Menschen



Die SPÖ und ihre KandidatInnen zur EU-Wahl gaben sich beim EU-Wahlkampfauftakt kämpferisch, denn man ist fest entschlossen, diese Wahl zu gewinnen und mit vereinten Kräften für ein soziales Europa zu kämpfen.



Fotos: SPÖ (5), Lehmann (5)

Absage. Von Außenminister Spindelegger fordert er in diesem Punkt eine „Änderung des Kurses“ weg von Beitrittsverhandlungen hin zu einem engeren Arbeitsverhältnis. „Einen EU-Beitritt ohne Volksabstimmung wird es mit der SPÖ nicht geben“, so Swoboda, der klarstellte, sich gegen einen rassistischen Wahlkampf auf dem Rücken der türkischen Bevölkerung zu verwehren. Kritik hagelte es von Swobo-

da für die EU-Kommission, die den Menschen zu wenig in den Mittelpunkt stellt. PVÖ-Präsident Karl Blecha betonte in seinen abschließenden kämpferischen Worten einerseits, „die Pensionen gegen die Privatisierungshyänen zu verteidigen“. Andererseits sei es wichtig, in allen Ländern Informationsarbeit zu leisten, wie sehr sich die Politik in Brüssel und Straßburg auf unser Leben auswirke, so Blecha.

„Wir wollen ein Europa für die Menschen, der Markt ist zweitrangig.“

Listen-Zweite Evelyn Regner

Swoboda wie auch Regner bekräftigten abschließend erneut das klare Bekenntnis der SPÖ zur EU. „Aber welche Europäische Union es sein wird, das entscheiden wir am 7. Juni.“ ♦



EUROPÄISCHE UNION

Mehr Demokratie für Europa!

„Das A-Team für Europa“ kämpft für eine transparente und demokratische Europäische Union. Die BürgerInnen sollen wissen, wer, was, wo und wann entscheidet.

Obwohl der Vertrag von Lissabon dem offensichtlichen Demokratie-defizit der EU Abhilfe schaffen möchte – geplant ist zum Beispiel die Stärkung des Europäischen Parlaments –, ist es dennoch notwendig, das vielfach empfundene Demokratiedefizit und die wachsende Distanz der Bevölkerung zur EU durch demokratiefördernde Maßnahmen zu über-

„Die Kommission muss den Menschen in den Mittelpunkt und das Soziale in den Vordergrund stellen.“

**Hannes Swoboda,
SPÖ-Spitzenkandidat zur EU-Wahl**

winden. SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda und sein „A-Team für Europa“ haben sich hierfür konkrete Vorschläge überlegt, für die sie sich im Europäischen Parlament einsetzen werden.

Für die Direktwahl des Kommissionspräsidenten

Die Einführung der Energiesparlampen ist

HINTERGRUND

Wahl des Kommissionspräsidenten

Derzeit wird der Kommissionspräsident vom Rat der Europäischen Union und den Staats- und Regierungschefs gewählt. Der Rat setzt sich aus den VertreterInnen jedes Mitgliedstaats auf MinisterInnenebene zusammen. Je nach behandeltem Thema kommen die VertreterInnen unterschiedlicher Ressorts zusammen. Das Europäische Parlament kann den designierten Kommissionspräsidenten nach erfolgtem Wahlgang bestätigen, aber auch blockieren. Durch ein Misstrauensvotum kann das Parlament die Kommission und deren PräsidentIn auch zum Rücktritt zwingen. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Kommission künftig direkt vom Parlament gewählt wird.



Lehmann

„Das A-Team für Europa“ engagiert sich für mehr Demokratie in der EU.

ein negatives Beispiel für zu weitreichende Entscheidungen der EU-Kommission. Von der Kommission wünscht sich Swoboda „mehr Sensibilität und weniger Einmischung in Detailfragen“. Der Vertrag von Lissabon soll das EU-Parlament und die nationalen Parlamente stärken. Ein weiterer, wichtiger Schritt für mehr Transparenz muss sein, den/die Kommissionspräsidenten/in im Zuge von EU-Parlamentswahlen direkt von der Bevölkerung wählen zu lassen. Dabei könnten die gewählten EU-Abgeordneten den Auftrag bekommen, im EU-Parlament für jene/n Kandidatin/en zu stimmen, die/der im eigenen Land die Mehrheit bekommen hat. Vor allem kleinere Staaten hätten damit mehr Gewicht. Wünschenswert wäre, dass das Europäische Parlament der Kommission weniger zur Entscheidung überträgt. Außerdem muss die Kommission erkennen, dass die öffentlichen Dienstleistungen die Identität Europas sind und nicht der Abbau der Daseinsvorsorge. Dafür wird sich „Das A-Team für Europa“ in Brüssel stark machen.

Hannes Swobodas „persönliches Demokratiepaket“

Swoboda möchte „klare Signale setzen, um der EU – hoffentlich mit, aber vielleicht auch ohne Reformvertrag – eine bessere Zukunft zu bereiten“. Dafür hat er „sein persönliches Demokratiepaket“ verfasst, in dem er neben der Direktwahl des Kommissionspräsidenten auch andere wichtige Maßnahmen fordert. Regelmäßige, öffentlich zugängliche Diskussionen auf parlamentarischer Ebene sind hierfür zielführend. Die jeweiligen Ausschüsse auf Bundes- und Landesebene sollen die österreichischen Mitglieder des EU-Parlaments zu öffentlich zugänglichen Diskussionen einladen. Auch die Auswahl der EU-KandidatInnen muss durch Vorwahlen in den jeweiligen Parteien transparenter und demokratischer werden. Mit diesen Vorschlägen möchte Hannes Swoboda gemeinsam mit seinem „A-Team für Europa“ für eine engere Verbindung der Europäischen Union mit der Bevölkerung sorgen. ♦

„SCHMÄH UND WAHRHEIT“

ÖVP und soziale Wärme?

Ernst Strasser und die ÖVP stehen nicht für soziale Wärme in Europa – ganz im Gegenteil.



„Das A-Team für Europa“, allen voran der Spitzenkandidat für die Wahl zum europäischen Parlament, Hannes Swoboda, setzen sich glaubwürdig für eine sozialere EU ein.

Die mangelnde Glaubwürdigkeit der ÖVP in Sachen Sozialpolitik zeigt sich schon bei der Auswahl ihres EU-Spitzenkandidaten. Ernst Strasser war es, der nach eigenen Angaben da-

nen, empfahl Strasser seiner Partei „Soziale Wärme“ zu vermitteln.

Wie diese vorgebliche soziale Wärme dann aussehen soll, ist anhand zweier Beispiele rasch skizziert: Um die Arbeits-

Der Schmäh mit dem sozialen Mäntelchen der ÖVP

Ein recht fadenscheiniges soziales Mäntelchen versuchte der ÖVP-EU Spitzenkandidat und Ex-Innenminister Ernst Strasser sich und seiner Partei umzuhängen: „Wir brauchen soziale Wärme, die als Gegenpol in einer kälter werdenden Welt von der Politik vermittelt werden muss.“

(profil 23.10.2005)

für sorgen wollte, dass rechts neben „einer Christlichdemokratischen Partei“ (O-Ton) der Platz für Rechtspopulisten nicht mehr als zehn Prozent beträgt. Zuerst kommt ihm das Wort christlich „sozial“ nicht über die Lippen und wird zu christdemokratisch und dann wird das soziale Herz der Partei gesucht. Um auch zukünftig noch attraktiv auftreten zu kön-

nen, empfahl Strasser seiner Partei „Soziale Wärme“ zu vermitteln. Wie diese vorgebliche soziale Wärme dann aussehen soll, ist anhand zweier Beispiele rasch skizziert: Um die Arbeits-

terInnen und Angestellte getroffen. BesserverdienerInnen blieben jedoch weitgehend verschont.

Was – punkto Glaubwürdigkeit – davon zu halten ist, dass Ernst Strasser nach seinem Ausscheiden aus der Politik versichert hat, er werde nie wieder dorthin zurückkehren, und es dann doch tut, spricht für sich selbst. Jedenfalls war er zwischenzeitlich mit seinem Beratungs- und Beteiligungsnetzwerk Lobbyist in Europa und Profiteur des ungezügelten Finanzmarktes. ♦

INFO

Soziale Gerechtigkeit Marke „Konservativ“

- ▶ Auf Vorschlag der SPE hätten Hedge Fonds erstmals reguliert werden sollen. Die Konservativen waren aber maximal für freiwillige Selbstverpflichtungen. Offshore-Sitze von Fonds wie die Cayman Inseln blieben unberührt und es ist keine Möglichkeit für strengere nationale Kontrolle vorgesehen.
- ▶ Das EU-Parlament hatte sich gegen die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, über die erlaubten 48 Stunden Höchstarbeitszeit hinauszugehen, ausgesprochen. Durch die starrköpfige Blockade der Konservativen im EU-Ministerrat wurde die letzte Chance auf eine Neuregelung zu nichte gemacht.
- ▶ Der für den 7. Mai angesetzte EU-Beschäftigungsgipfel wurde von der konservativen Barroso-EU-Kommission abgesagt. Das kommt einem Schlag ins Gesicht der bereits 20 Millionen Arbeitslosen in der EU.
- ▶ Die EVP-Fraktion hat Verbesserungen im Mutterschutz verhindert: Es wären u.a. ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub, ein Kündigungsverbot während der Schwangerschaft und die Rückkehr auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz vorgesehen gewesen. Die Regelung hätte auch unverheiratete oder gleichgeschlechtliche Paare umfasst.

Wahlkampf gut in Schwung

Die SPÖ-Geschäftsführungen im Bund und in den Ländern stellten im Anschluss an eine Tagung in Wien fest, dass der SPÖ-Wahlkampf für die EU-Wahl bestens ange-
laufen ist.



LandesgeschäftsführerInnentagung in Wien, v.l.n.r.: G. Pehm, A. Aschauer, A. Krassnitzer, H. Sauer, C. Denkmaier, U. Höfferer, G. Kräuter, G. Steindl, L. Rudas, R. Barkmann, F. Lutz, H. Schuster, C. Deutsch.

Günther Kräuter: „Unser ‘A-Team’ mit Hannes Swoboda an der Spitze wird von der gesamten Partei mit viel Einsatz und Elan unterstützt. Seitens der für den Wahlkampf mitverantwortlichen LandesgeschäftsführerInnen

zinner wird von überaus gelungenen Auftaktveranstaltungen berichtet.“ So haben beim Event in Leoben neben Bundeskanzler Werner Faymann und Landeshauptmann Franz Voves, die inhaltlich überzeugten, auch großartige KünstlerInnen wie Klaus Eberhartinger und Sandra Pires die zahlreichen BesucherInnen zu Begeisterungstürmen hingerissen. Spitzenkandidat Hannes Swoboda skizzierte gemeinsam mit dem steirischen EU-Kandidaten Jörg Leichtfried und der SPÖ-EU-Sprecherin Elisabeth Grossmann die klaren Positionen des A-Teams. Die Bevölkerung zeigte sich von den Kernthemen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Schutz von Pensionen vor Spekulationen sehr angetan. „Auch die von der Jungen Generation und dem BSA organisierten Europatalks, die zum Mitgestalten an Europa einladen, finden so große Zustimmung, dass sie bis ins Finale des EU-Wahlkampfes fortgesetzt werden“, ergänzte Tina Tauß, Bundesvorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ. ♦

ÖVP-KAMPAGNE

„Bummel-Konvoi“ der ÖVP



SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter

zinner Ein verspäteter B-Konvoi der ÖVP tuckert in den EU-Wahlkampf.

„Die ÖVP schickt sehr verspätet ihren Bummel-Konvoi in den EU-Wahlkampf“, stellt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fest. Denn es sei reichlich spät und dürftig, wenn die ÖVP-KandidatInnen nun mit ihren Autos ausfahren, um einmal zu hören, wo die Menschen der Schuh drückt. Ganz anders die SPÖ.

Kräuter: „Die SPÖ hat den Leuten bereits sehr aufmerksam zugehört. ‘Das A-Team für Europa’ weiß längst, wo der Schuh drückt und gibt konkrete Antworten auf die drängenden Fragen: Schaffung eines Sozialvertrages, jeden Euro in Beschäftigung investieren und für alle Zukunft ausschließen, dass Pensionen Spekulationen unterliegen.“ ♦

KONSUMENTINNEN-SCHUTZ

„Vertrauen der VerbraucherInnen stärken“

„Das A-Team für Europa“ unterschreibt einen Pakt zum Schutz der europäischen KonsumentInnen.

Das Büro der Europäischen Konsumentenorganisationen (BEUC) hat gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der EU-Staaten einen Leitfaden für Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP) erarbeitet. Kernelement dabei ist ein „Pakt“ zwischen dem EP und den KonsumentInnen. „Der Pakt wird dazu beitragen, das Vertrauen der 500 Millionen europäischen KonsumentInnen zu stärken“, erklärt der Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter erinnert daran, dass 85 Prozent der Verbraucherschutzgesetzgebung auf EU-Ebene beschlossen werden. ♦



Der Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda

KINDERBETREUUNG

Pädagogisch qualifiziert mit 8 Stunden Ausbildung?

Zum Schutz der Kinder und Familien spricht sich die SPÖ gegen bloß acht Stunden Babysitter-Crashkurs aus.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will die beste Betreuung für unsere Kinder.

Wie im Rahmen der Steuerentlastung beschlossen, ist die Kinderbetreuung jährlich bis zu 2.300 Euro pro Kind absetzbar. Was nun tatsächlich „Kinderbetreuung“ bedeutet und

wer als „pädagogisch qualifiziert“ gilt, darüber sind die Regierungsparteien uneinig. Für die ÖVP ist eine achtestündige Ausbildung für die betreuende Person bereits ausreichend, um die Kosten von der Steu-

er absetzen zu können. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die früher selbst pädagogisch tätig war, erteilte diesem Vorschlag eine klare Absage. Besonders jugendliche Babysitter könnten durch ihre mangelnde Erfahrung sich selbst, sowie die zu betreuenden Kinder überfordern oder gar in Gefahr bringen, so die Ministerin. Sie plädiert deshalb für eine mindestens 20-stündige Ausbildung für betreuende Personen zwischen 16 und 28 Jahren. „Es geht um den Schutz der jungen Menschen, die betreuen und um den Schutz und die Sicherheit der Kinder“, machte Heinisch-Hosek deutlich. Gespräche mit dem Finanzminister werden hierzu noch folgen.

Rückendeckung von den Abgeordneten

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm stellte sich ebenso hinter die Ministerin wie SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Wurm fordert entsprechende Voraussetzungen für die Qualifikation zu schaffen, wenn eine bestimmte Betreuungsform finanziell unterstützt werden soll. Binder-Maier machte deutlich, dass mit einem „Crashkurs“ weder den Kinder noch den BetreuerInnen gedient sei. ♦

BETREUUNG

Kindergarten für alle

Das letzte Kindergartenjahr ist ab jetzt gratis.

Endlich grünes Licht für die Umsetzung einer langjährigen SPÖ-Forderung zu mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Die SPÖ-geführte Regierung segnete im Ministerrat das verpflichtende, letzte Gratis-Kindergartenjahr ab. Durch die frühe Förderung von kreativen und sprachlichen Fähigkeiten verbessern sich für mehr als 5.000 Kinder die Bildungschancen für ihre

Zukunft. Der Bund stellt für die Umsetzung 70 Millionen Euro zur Verfügung. Schon ab heuer sind die zusätzlichen Plätze in Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg und Kärnten (bereits seit 2005) bereitgestellt. In den restlichen Bundesländern erfolgt die Umsetzung 2010, wie Bundeskanzler Werner Faymann versicherte. ♦

BILDUNG

Neue LehrerInnenausbildung

Steht für die beste Bildung unserer Kinder: Bildungsministerin Claudia Schmied.

Damit unsere Kinder von den Besten lernen: Bildungsministerin Claudia Schmied arbeitet mit Hochdruck an der Reform der LehrerInnenausbildung.

Die neue LehrerInnen-ausbildung, die auch eine Orientierungsphase vorsieht, soll „sicherstellen,

dass nur Personen, die tatsächlich die Sozialkompetenz haben und gerne mit Kindern arbeiten, auch den Lehrberuf erlernen“, erklärte Schmied am Rande des EU-Bildungsministerrats. Besonders wichtig – auch vor dem Hintergrund des nun beschlossenen Gratis-Kindergartenjahrs – ist Schmied die neue Ausbildung für alle im Lehrberuf tätigen Personen – von der dann auch die KindergartenpädagogInnen profitieren. ♦

ÖH-WAHLEN

Studierende küren Vertretung

Von 26. bis 28. Mai finden die Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) statt. Rund 230.000 Studierende sind aufgerufen, ihre Vertretung zu wählen.

Die ÖH-Wahlen 2009 warten mit zwei Premieren auf: In der Woche vor dem eigentlichen Urnengang wird es vom 18. bis 22. Mai erstmals bei einer politischen Wahl in Österreich die Mög-



An 21 Unis können in- und ausländische ordentliche HörerInnen ihre Studienvertretung und Universitätsvertretung küren.

lichkeit zum – nicht unumschrittenen – E-Voting geben; Studierende können ihre Stimme per Internet abgeben. Außerdem werden erstmals Studierende der Fachhochschulen in der ÖH-Bundesvertretung, dem bundesweiten Studierendenparlament, vertreten sein. Allerdings sind FH-StudentInnen, ebenso wie Studierende von Pädagogischen Hochschulen (PH), bei den

ÖH-Wahlen selbst nicht wahlberechtigt. Sie wählen ihre jeweilige Hochschulvertretung zu einem anderen Zeitpunkt. Dagegen können die in- und ausländischen ordentlichen HörerInnen an den 21 Universitäten bei den ÖH-Wahlen ihre Studienvertretung und Universitätsvertretung küren. Die Uni-Vertretungen sowie die Hochschulvertretungen der FH und PH entsenden die MandatarInnen in die Bundesvertretung. Diese wird diesmal mindestens 78 MandatarInnen umfassen. Dazu können noch weitere Sitze für sogenannte „Listenverbände“ (wahlwerbende Gruppen, die sich an mindestens sechs Unis zu einem solchen Verband zusammenschließen) kommen. Insgesamt wird mit rund 85 MandatarInnen im Studierendenparlament gerechnet. Davon werden allerdings nur rund 65 bei den ÖH-Wahlen vergeben, 20 MandatarInnen werden von den bereits gewählten FH- und PH-Vertretungen entsandt. ♦

HINTERGRUND

Wer wird gewählt

Die ÖH ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft. Sie vertritt alle Studierenden an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen. Bei den alle zwei Jahre stattfindenden ÖH-Wahlen werden die Universitätsvertretungen an den 21 österreichischen Unis sowie die Studienvertretungen in den einzelnen Studienrichtungen gewählt. Die Bundesvertretung wird nicht direkt gewählt, sondern von den Universitätsvertretungen gemäß der Stärke der Fraktionen besetzt.

INTERVIEW

„Kompromisslos auf der Seite der Studierenden“

Sophie Wollner (24) studiert Germanistik und Politikwissenschaft an der Uni Wien. Bei den kommenden ÖH-Wahlen geht sie als Spitzenkandidatin für den VSSStÖ ins Rennen.

SPÖ Aktuell: Sophie, du bist seit zwei Jahren im Vorsitzteam der ÖH Uni Wien, was ist die Herausforderung an der Bundes-ÖH?

Sophie Wollner: Für mich hat die ÖH drei Dimensionen. Sie muss Anlaufstelle für Studierende sein und kompetent beraten. Weiters muss die ÖH gegenüber dem Ministerium eine kämpferische Verhandlungspartnerin und kompromisslos auf der Seite der Studierenden sein. Die ÖH hat außerdem ein allgemeinpolitisches Mandat und muss sich bei gesellschaftspolitischen Fragen zu Wort melden.

Was sind deine wichtigsten Projekte für die ÖH?

Sophie Wollner: Wir wollen eine Beratungsoffensive starten und zwar mit mehrsprachigen Broschüren und gebär-

densprachlicher Beratung sowie einen Arbeitsvertrags-Check einführen. Weiters wollen wir einen Runden Tisch zu Praktika einleiten. Praktika sind oft unter- oder unbezahlt und es fehlt rechtlicher Schutz. Wir wollen einen Code of Conduct erarbeiten, an den sich Unternehmen halten sollen.

Was kann langfristig für eine bessere soziale Absicherung der Studierenden getan werden?

Sophie Wollner: Studierende brauchen echte soziale Absicherung – also ein besseres und gerechtes Studienbeihilfensystem. Momentan fallen viele einfach durch die Kriterien, obwohl sie Studienbeihilfe wirklich benötigen. Unsere Antwort darauf ist ein Grundstipendium in der Höhe von 770 Euro für alle Studierenden –



VSSStÖ

Sophie Wollner

leicht finanzierbar durch eine Vermögenssteuer.

Und wieso sollen die Studierenden den VSSStÖ wählen?

Sophie Wollner: Der VSSStÖ ist die wahlwerbende Gruppe, die sich für echte soziale Absicherung einsetzt. Wir sind diejenigen, die Beratung und Politik nicht als Widerspruch sehen – Service kann Probleme lindern, Politik kann Probleme lösen.

Recherche/Prosa

Die Arbeitslosenpolizei

Den Erwerbslosen in Österreich eine Stimme geben – darum geht es der Autorin Christine Werner in ihrem aktuellen Buch.

Anhand von Interviews und Recherchen erzählt die 1954 geborene Autorin vom Alltag jener Menschen, die ihre Arbeit verloren haben. Grundlegende Themen sind dabei Jobbörsen, Arbeitsvermittler und dubiose Stellenangebote genauso wie Kreditwürdigkeit und Armutsgefährdung. Das Buch „Die Arbeitslosenpolizei“, das die Genrezuordnung „Recherche/Prosa“ trägt, ist eine packende Recherche über die Praxis der österreichischen Arbeitslosenverwaltung.

Die in Wien und der Steiermark lebende Autorin, Netz- und Aktionskünstlerin verbindet in ihrem Buch Sprachkunst und Tatsachenbericht – und das auf fulminante Weise. Cartoons von Carina Klammer ergänzen die literarische um die bildliche Dimension.

Christine Werner ist Mitglied der Grazer Autorinnen Autorenversammlung und des Linzer Autorenkreises und hat bereits mehrere Erzählungen, Lyrik und Romane veröffentlicht. ◆

Humor

Höhepunkte des heimischen Kabarett

Auf mehr als 200 Seiten sammelt die junge Theaterwissenschaftlerin Ulrike Leitner das Beste vom österreichischen Kabarett.

Österreich blickt auf eine mehr als 100-jährige Kabarett-Tradition zurück, die große Namen hervorgebracht hat. Man denke nur an Karl Farkas, Gerhard Bronner oder Helmut Qualtinger – sie alle haben mit ihren Texten und Liedern eine der markantesten Ausprägungen an Satire hervorgebracht, die heimische Autoren jemals verfasst haben. Ulrike Leitner, die zuletzt auch eine große DVD-Edition zum österreichischen Kabarett betreut hat, hat für ihr aktuelles Buch nun die unvergänglichen

Texte und pointiertesten Conférencen aus rund 100 Jahren Kabarett in Österreich ausgewählt. Sie gibt damit einen fundierten Einblick in die Anfänge und die Weiterentwicklung einer unvergleichlichen Kunstgattung. Neben Alexander Roda Roda, Egon Friedell und Alfred Polgar kommen u.a. Hans Moser mit seinem legendären „Dienstmann“ ebenso zu Wort wie Hermann Leopoldi und Jura Soyfer. Unsere Empfehlung: Schaff'n Sie sich das an! – das Buch nämlich. ◆

Sachbuch

Kommunismus in Österreich 1918-1938

Mit dem Buch wollen die drei Historiker eine Forschungslücke schließen und Österreichs Rolle als Ausgangs- und Stützpunkt für die kommunistische Bewegung in Mittel- und Südeuropa ins rechte Licht rücken.

Die junge Generation in Europa kann mit kommunistisch angehauchten Begriffen wie Komintern, Diktatur des Proletariats oder Volksfront nur mehr wenig anfangen. Die Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit in Österreich verschwinden, und so gerät auch der beachtenswerte Beitrag der österreichischen Arbeiterbewegung zur Moderne und Internationalität in Vergessenheit. Wie sich der Kommunismus in

jener Epoche auf Österreich ausgewirkt hat, ist nur schemenhaft bekannt. Als nicht erforscht galt bisher die großteils verborgene Geschichte der Kommunistischen Internationale, der sowjetischen Diplomatie und Spionage in Österreich, die erst seit der Öffnung der Moskauer Archive schichtweise offen gelegt und analysiert werden konnte, und in diesem Buch behandelt wird. ◆

☐ Stk.


Christine Werner:
Die Arbeitslosenpolizei.
Arovell Verlag,
Wien 2009;
150 S., 12,90 €

☐ Stk.


Ulrike Leitner (Hg.):
Schau'n Sie sich das an!
Höhepunkte des
österreichischen Kabarett.
Amalthea Verlag, Wien 2009;
240 S., 19,95 €

☐ Stk.


McLoughlin, Leidinger, Moritz.
Kommunismus in Österreich
1918-1938.
Studienverlag, Wien 2009;
532 Seiten; 39,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



MAUTHAUSEN-GEDENKEN

Nie wieder Faschismus!



2

Mehr als 300 SJlerInnen traten bei den Mauthausen-Gedenkfeiern gegen Faschismus und Rechtsextremismus auf.



Mit über 300 TeilnehmerInnen setzte die Sozialistische Jugend bei der heurigen Mauthausen-Gedenkfeier ein starkes Signal gegen Rechtsextremismus.

Bereits im Vorfeld der Befreiungsfeiern nahmen rund 150 Jugendliche am Antifaschismus-Seminar im Europacamp am Attersee teil, und veranstalteten zusammen mit anderen Jugendorganisationen

den schon traditionellen „Jugendgedenkmarsch“, der direkt zur Gedenkstätte führte.

Niemals vergessen!

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, der den erkrankten Bundeskanzler vertrat, machte deutlich, dass sich Sozialdemokratie und Faschismus als unerbittliche Feinde gegenüberstehen. Und SPÖ-Spitzenkan-

didat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda betonte, dass es gelte, „den Anfängen zu wehren“. Die jüngsten „unfassbaren, niederträchtigen und beschämenden“ (NR-Präsidentin Barbara Prammer) Neonazi-Umtriebe im ehemaligen KZ Ebensee haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig der zentrale Appell bei der Mauthausen-Gedenkfeier ist, vehement gegen den aufkeimenden Rechtsextremismus und zunehmenden Rassismus aufzutreten. ♦

SOZIALES

Swoboda setzt sich für PensionistInnen ein



Im Rahmen eines Pressefrühstücks mit PVÖ-Präsidenten Karl Blecha kündigte SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda an, sich künftig noch mehr für die PensionistInnen einzusetzen.

Swoboda verteidigte im Gespräch mit Blecha das Recht auf Pensionen und soziale Sicherheit und sieht darin einen wesentlichen Bestandteil des sozialen Europas und einen Grund für unseren Wohlstand. Er kritisiert die Signale der EU in Richtung Sozialabbau, Rentenkürzung und die Einengung der Gesundheitsvorsorge. Damit Europa sozialer und pensionistenfreundlicher wird, forderte Blecha die SeniorInnen auf, zur EU-



Blecha und Swoboda wollen die Position der PensionistInnen in der EU stärken.

Wahl zu gehen und ihre Stimme der SPÖ zu geben. Blecha: „Das heutige Europa mit seiner konservativen Mehrheit hat versagt.“ Deshalb sei es das Ziel der sozialdemokratischen Parteien, die stärkste Fraktion im EU-Parlament zu werden. Davon soll gerade die ältere Generation profitieren, denn sie war es, die unser heutiges Europa aufgebaut hat. ♦

OBERÖSTERREICH

Gemeinsam für ein soziales Europa



Die Junge Generation und die Sozialdemokratische Partei Europas kämpfen geschlossen für ein soziales Europa.

Beim gemeinsamen Aktionstag in Linz, an dem auch SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und Oberösterreichs Spitzenkandidat Josef „Joe“ Weidenholzer teilnahmen, stand die Forderung nach einem sozialen Europa klar im Zentrum. JG-Bundesvorsitzende Tina Tauß betonte, dass es der SPÖ um eine EU geht, bei der „nicht Konzerninteressen, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht“.



Für eine EU, die den Mensch in den Mittelpunkt rückt: OÖ-EU-Spitzenkandidat „Joe“ Weidenholzer und JG-Chefin Tina Tauß.

Swoboda begrüßte das Engagement der Jugend und unterstrich, dass die SPÖ „gemeinsam für die Zukunft und die Perspektiven der Jugend kämpft“. Und Joe Weidenholzer bekräftigte ausdrücklich die große Bedeutung eines sozialen und friedlichen Europas. ♦

STEIERMARK

„Das A-Team für Europa“ in Leoben



In Leoben präsentierte die SPÖ ihre Konzepte für eine sozialere EU. Mit dabei u.a.: Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und der steirische EU-Spitzenkandidat Jörg Leichtfried.

Vor mehr als 800 Interessierten stellte die SPÖ ihre Maßnahmen für eine soziale und arbeitnehmerfreundliche EU vor. Bundeskanzler Werner Faymann freute sich besonders über die starke Unterstützung in der Region und betonte: „Ich freue mich, dass wir in Österreich Menschen haben, die sich für eine gerechte und arbeitnehmerfreundliche Europäische Union einsetzen.“

Für ein Europa der Menschen

SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda sprach sich klar „gegen ein Europa der Eliten und für ein Europa



Fotos: SPÖ

Das direkte Gespräch mit den BürgerInnen ist dem A-Team ein besonderes Anliegen.



Die SPÖ-Kandidaten Jörg Leichtfried und Hannes Swoboda beweisen in Leoben BürgerInnennähe.

der Menschen“ aus. Jörg Leichtfried sprach sich für eine stärkere Kontrolle des Lobbyismus in der EU aus. Deshalb sei es auch wichtig, die Sozialdemokratie zu stärken. Er betonte, dass die SPÖ in Europa Politik machen will, „die den Menschen

entgegenkommt“. Die Veranstaltung wurde unterstützt durch die Anwesenheit von LH Franz Voves, Staatssekretär Josef Ostermayer, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann. ♦

EU-KANDIDATINNEN

Frauenpower am Schiff



Bei strahlendem Sonnenschein stellten die SPÖ Frauen auf einer Donau-Schiffahrt zwischen Wien und Bratislava ihre Kandidatinnen für die EU-Wahl vor.

„Unser Team signalisiert Dynamik, Bewegung und Kraft. Wieder werden es die

Frauen sein, die die Wahl entscheiden und wer, wenn nicht wir, sind es, die Frauen vertreten?“, zeigte sich SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas bei der Präsentation der Kandidatinnen optimistisch. Mit an Bord waren auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Prammer forderte

ein gemeinsames europäisches Sozialmodell zu verwirklichen. „Dazu ist es notwendig, dass die SPÖ stark ist und stark bleibt, denn es geht um vieles, vor allem für die Frauen in der EU“, so Prammer.

Mit einem starken Team rund um die Neopolitikerin, aber erprobte Europäerin, Evelyn Regner (sie leitete mehr als acht Jahre lang das ÖGB-Büro in Brüssel), Karin Kadenbach



Zimmer

Die starke SPÖ-Frauenriege bei der Präsentation der EU-Kandidatinnen.



SPÖ

In Bratislava trafen sich die EU-Kandidatinnen mit SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda.

(ehemalige NÖ-Landesrätin und Mutter von fünf Kindern) und der erfahrenen EU-Parlamentarierin Christa Prets werden die SPÖ Frauen künftig wieder eine starke Stimme für ihre Anliegen in Brüssel haben. ♦



Privat

Die europäische Wirtschaftspolitik und die Weltwirtschaftskrise

Die EU-Wirtschaftspolitik ist ausgerichtet auf die Bekämpfung der Probleme der 70er und 80er Jahre. Notwendig ist eine zeitgemäße Antwort auf die Krise.



ihre Augenmerk auf die Inflation legt und den nationalen Budgetpolitiken, die den Maastrichtkriterien unterliegen. Selbige sollen uns vor übermäßiger Staatsverschuldung bewahren (daher auch die berühmte 3-Prozent-Budgetdefizitgrenze). Löhne werden vor allem als Kostenfaktor im internationalen Konkurrenzkampf wahrgenommen. Kurz: Die europäische Wirtschaftspolitik ist ausgerichtet auf die Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme der 70er und 80er Jahre: Inflation und Staatsverschuldung. Eine Weltwirtschaftskrise ist schlicht nicht vorgeesehen!

Die heutigen Probleme sind aber andere. Die aktuelle Krise wurde dann auch verursacht durch die neoliberale Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. Die strukturellen Ursachen der Krise sind nicht nur am Finanzsektor zu suchen, sondern auch in der Schieflage der Einkommensverteilung: Die Löhne blieben seit über 20 Jahren hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Wie sollen die Haushalte in Zeiten stagnierender Löhne höhere Konsumausgaben finanzieren? Entweder gar nicht oder durch Verschuldung. Und genau das passierte: In Kontinentaleuropa stagnierte die heimische Nachfrage und in den angelsächsischen Ländern wurden die Konsumausgaben (und damit die europäischen Importe!) kreditfinanziert.

Eine zeitgemäße Antwort der EU auf die Krise würde nicht nur ein klares Bekenntnis zur expansiven Fiskalpolitik und eine Regulierung der Finanzmärkte sowie Besteuerung von Finanztransaktionen und Vermögen beinhalten, sondern auch Rahmenbedingungen für steigende Löhne schaffen. ♦

Auch die Schieflage der Einkommensverteilung und die Tatsache, dass die Löhne hinter dem Produktivitätswachstum zurückblieben, fördern die Krise.

Es geht steil bergab mit der Wirtschaft – so steil, dass die WirtschaftsformersInnen kaum damit nachkommen, ihre Prognosen nach unten zu revidieren. Mittlerweile ist klar, dass wir gerade die schwerste Krise seit den 30er Jahren erleben. Auch Österreich steht eine schmerzhaft Rezession und steigende Arbeitslosigkeit bevor.

„Die EU will offensichtlich beides: die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig das Budget sanieren. Der Schönheitsfehler dabei: Es geht nicht!“

Die Wirtschaftskrise legt auch Schwächen und Widersprüche in der Konstruktion der europäischen Wirtschaftspolitik offen. Dies zeigt sich an der widersprüchlichen Haltung

der EU zum Einsatz der Staatsausgaben zur Stimulierung der Wirtschaft. Einerseits wurde ein European Economic Recovery Plan (EERP) beschlossen. Andererseits treibt der EU-Ministerrat (im Einklang mit der Kommission) die Defizitverfahren gegen fünf EU-Mitgliedsländer wegen übermäßiger Budgetdefizite voran. Die EU will offensichtlich beides: die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig das Budget sanieren. Der Schönheitsfehler dabei: Es geht nicht! Staatsausgaben sind Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Die EU kann sich offensichtlich nicht entscheiden, ob sie wirklich gegensteuern will oder nicht. Der Grund dafür liegt aber nicht (nur) bei der Unentschlossenheit einzelner PolitikerInnen, sondern in der Architektur der europäischen Wirtschaftspolitik. Diese besteht aus einer einheitlichen Zentralbank, die

Engelbert Stockhammer lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Experte für Makroökonomie, Arbeitsmarkt und Finanzsysteme.

TERMINKALENDER

Freitag, 15. Mai – Sonntag, 17. Mai

Angriff auf die historische Erinnerung

Politische Strategien mit antidemokratischen, rechtsextremen, geschichtsrevisionistischen, rassistischen, antisemitischen und weltverschwörerischen Inhalten bedienen sich einer Vielfalt traditioneller und moderner Medien. Damit sind auch Bibliotheken als klassische Orte der Informationsvermittlung herausgefordert. Wie gehen Bibliothekarinnen und Bibliothekare mit jenen Tendenzen um, die unter dem Vorwand der „Meinungsfreiheit“ die Demokratie missbrauchen? Anmeldung unbedingt erforderlich: Kornelia Heißl, 01-804 65 01-33 oder heissl@renner-institut.at

Auftaktveranstaltung: 15. Mai

Beginn 17.30 Uhr

Veranstaltungszentrum des DÖW

Altes Rathaus - Innenhof

Wipplingerstraße 6-8, 1010 Wien

Tagung: 16. + 17. Mai

Renner-Institut, Ziegelzimmer

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf

Hoffingergasse 26, 1120 Wien

Samstag, 16. Mai

Bildung, Macht, Europa



Der steirische EU-Wahl-Kandidat, MEP Jörg Leichtfried

Am kommenden Samstag findet in Hartberg die Landesbildungskonferenz der SPÖ Bildung Steiermark statt. Der Bogen der Konferenz wird sich von Bildungsfragen bis hin zu Europa und der im Juni bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament spannen. Der steirische EU-Abgeordnete Jörg Leichtfried wird in einer offenen Diskussion zu allen interessanten Fragen rund um Europa und die EU Stellung nehmen. Unter anderem wird der ehemalige Finanzminister Ferdinand

Lacina die sozialdemokratischen Überlegungen für eine 'Neue Europäische Wirtschaftspolitik' in einem Gastreferat erläutern.

Beginn: 9.30 Uhr

Schloss Hartberg

Herrengasse 1

8230 Hartberg

Montag, 25. Mai

Die Mauerfallkinder

Das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog lädt zu einem Vortrag von Lutz Neithammer, dem ersten Gastprofessor des Franz Vranitzky Chair for European Studies an der Universität Wien. Nach der Begrüßung durch Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky und der Einleitung durch den Rektor der Universität Wien, Georg Winkler, hält der Gastprofessor einen Vortrag über die historische Orientierung nach dem Ende des Kalten Krieges. Die anschließende Diskussion leitet der Bruno-Kreisky-Preis-Träger Oliver Rathkolb.

Anmeldung unter:

Tel.: 3188260/20 oder unter e-mail:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Mittwoch, 27. Mai

Die Kultur eines sozial gerechten Europas

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zu einer Podiumsdiskussion mit Erwin Piplits (Mitglied des Theatervereins Odeon), Rubina Möhring (Journalistin bei 3sat), BM a. D. Hilde Hawlicek, dem SPÖ-EU-Spitzenkandidaten Hannes Swoboda und der Abgeordneten zum EU-Parlament Christa Prets. Zentrales Thema der Diskussion ist die Frage der Stellung der Kultur in einem sozial gerechten Europa.

Beginn: 19.30 Uhr

Odeon Theater

Taborstraße 10

1020 Wien

Donnerstag, 4. Juni

PVÖ EU-Informationsveranstaltung



SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda



Bürgermeister Michael Häupl

Der Wiener Pensionistenverband lädt zu einer Informationsveranstaltung mit Bürgermeister Michael Häupl und dem SPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Hannes Swoboda. Dieser wird den BesucherInnen zu allen Fragen, die ihnen die EU betreffend auf dem Herzen liegen, Gehör und Zeit zur Diskussion schenken. Für ein buntes Unterhaltungsprogramm wird der Schauspieler und Kabarettist Adi Hirschal sorgen. Der Eintritt ist selbstverständlich frei.

Beginn: 15 Uhr (Einlass 14.30 Uhr)

Wiener Stadthalle (Halle F)

Vogelweideplatz 14

1150 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



Fotos: SPÖ



Impressionen vom EU-Wahl-Auftakt in Leoben

Die SPÖ hat eingeladen und viele hundert Menschen sind gekommen, um Bundeskanzler Werner Faymann und „Das A-Team für Europa“, repräsentiert durch SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und dem steirischen Spitzenkandidat Jörg Leichtfried zu sehen. Tolle Stimmung und begeisterte Menschen kennzeichneten die gelungene Veranstaltung am Hauptplatz von Leoben.

